

# Arbeiter Zeitung

TAGESZEITUNG DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI

## Regierung Herriot gestürzt

### Ablehnung der Zahlungen an Amerika – Nationalistisch-faschistische Straßendemonstrationen in Paris

WTB. Paris, 14. 12.  
Die Regierung Herriot ist in der heutigen Nachtsitzung der Kammer mit 402 gegen 187 Stimmen gestürzt worden.

WTB. Paris, 14. Dezember.  
Ministerpräsident Herriot hat sich in Begleitung der Regierungsmitglieder heute früh ins Elysée begeben und dem Präsidenten der Republik die Gesamtdemission des Kabinetts überreicht. Präsident Lebrun hat die Demission angenommen und das zurückgetretene Kabinett mit der Erledigung der laufenden Geschäfte beauftragt.

#### Die Abstimmung

WTB. Paris, 14. Dezember.  
Nach einer Sitzung, die mit kurzen Unterbrechungen über 15 Stunden dauerte, hat die französische Kammer in einem Zustand ungewöhnlicher Erregung und Verwirrung den Vorschlag der Regierung, mit Vorbehalt an die Vereinigten Staaten zu zahlen, abgelehnt. Das Ergebnis stand seit gestern fest. Ueberraschen muß nur, in welchem Maße die zur Debatte stehende Frage zersetzend auf die Regierungsparteien, ja sogar auf die Partei Herriots selbst, gewirkt hat. Die sozialistische Fraktion hatte während der Sitzung mit allen gegen 17 Stimmen beschlossen, gegen die Regierungsvorlage zu stimmen.

Kurz vor der Abstimmung richtete der Generalberichterstatter, der radikale Abgeordnete Lamoureux, an Herriot die Frage, ob es stünne, daß Amerika die englischen Vorbehalte angenommen habe. Der Ministerpräsident habe im Laufe seiner Ausführungen darauf hingewiesen. — Es war Lamoureux unmöglich, eine Antwort zu erhalten, da der Kammerpräsident ihm das Wort abschnitt und der Ministerpräsident ihn dringend ersuchte, nicht auf der Frage zu bestehen.

Hierauf wurde der Antrag des Abgeordneten Chauvin, der den Regierungsentwurf wieder aufnimmt — den der Auswärtige Ausschuss und der Finanzausschuss der Kammer gestern bekanntlich in seinem wesentlichen Punkte, nämlich der Zahlung am 15. Dezember, abgelehnt hatte —, von der Kammer mit 402 gegen 187 Stimmen im Plenum abgelehnt. Nach Verkündigung des Ergebnisses haben Ministerpräsident Herriot und sämtliche Minister den Sitzungssaal verlassen. Die Sitzung dauert an.

#### Demonstrationen auf dem Boulevard St. Germain

Paris, 13. Dezember.  
WTB. Heute kam es der Kriegsschulden wegen wieder zu Demonstrationen, bei denen auf dem Boulevard St. Germain die Scheiben eines Straßenbahnwagens zertrümmert wurden. Mehrere Schaffner wurden verletzt. Die Demonstranten warfen auch die Schutzgitter

der Bäume auf die Schienen, so daß der Verkehr behindert wurde.

Die Zwischenfälle sind vor Anhängern der Action Française verursacht worden. Zwischen ihnen und der Polizei fanden schwere Zusammenstöße statt, bei denen mehrere Manifestanten so schwer verletzt wurden, daß sie ins Krankenhaus gebracht werden mußten. Gegen 1000 Verhaftungen wurden vorgenommen.

#### Die neue britische Note an USA

London, 13. Dezember.  
WTB. (Reuter). Die neue britische Note an die Regierung der Vereinigten Staaten wurde heute durch den britischen Botschafter in Washington Sir Ronald Lindsay überreicht. In ihr wird erklärt, daß die Zahlungen am 15. Dezember geleistet werden. Die Note sagt, die britische Regierung wüschte die Tatsache zu unterstreichen, daß der Zweck ihrer letzten Note darin bestanden habe, die Stellung Großbritanniens in der Frage der

Schuldenzahlung vom 15. Dezember ganz klarzustellen.

Weiterhin sei ihr Zweck gewesen, die näheren Zahlungsmodalitäten zu erklären. Natürlich sei nicht beabsichtigt gewesen, durch diese Note Fragen aufzuwerfen, die mit der verfassungsmäßigen Stellung der amerikanischen Regierung zusammenhängen. Die britische Note dürfe daher nur unter dem Gesichtspunkt betrachtet werden, daß sie die eigene Stellung der britischen Regierung interpretieren wollte, die nach reiflicher Prüfung sich bereit gefunden habe, die Zahlung am 15. Dezember im Sinne der in der Note vom 11. Dezember dargelegten Erwägungen zu leisten. Die britische Regierung müsse sich das Recht vorbehalten, auf diese Ueberlegungen zu rückzukommen, sobald eine Prüfung des gesamten Fragenkomplexes vorgenommen worden sei, deren Ergebnis auch die Zustimmung der Regierung der Vereinigten Staaten gefunden habe. Die britische Regierung wüschte zu unterstreichen, daß nunmehr die wichtigsten Aufgaben, unverzüglich mit der Ueberprüfung der Schuldenfrage zu beginnen.

## Reichsregierung gegen Winterhilfe

### Heuchlerische Worte statt notwendiger Taten

Berlin, 14. Dezember.  
CNB. Die heutige Sitzung des Reichskabinetts wird wahrscheinlich den ganzen Tag über dauern, da eine ganze Fülle von Beratungsgegenständen zur Beratung steht. Dazu wird auch die Winterhilfe gehört.

Sie kann aus finanziellen Gründen nicht nach den vor einigen Tagen gefaßten Beschlüssen des Ausschusses durchgeführt werden.

Die Reichsregierung hat aber selbst sehr stark das Bedürfnis, eine Hilfe zu organisieren, die der Not der Erwerbslosen entgegenkommt. In den letzten Tagen haben deshalb zwischen den beteiligten Ressorts eine Reihe von Verhandlungen stattgefunden, deren Ergebnis nun morgen dem Reichskabinett unterbreitet werden wird. Es basiert in erster Linie auf einer Verbilligungsaktion, wie sie früher schon für Fleisch angewandt worden ist. Dazu werden diesmal wahrscheinlich noch Kohle und vielleicht auch Brot und eine Reihe anderer Lebensmittel kommen.

Leider wird es aber kaum noch möglich sein, die Organisation für diese Hilfsaktionen so sehr zu beschleunigen, daß noch vor Weihnachten mit der Verwirklichung gerechnet werden kann.

Es sind nämlich eine Reihe komplizierter organisatorischer Maßnahmen notwendig. Die Reichsregierung legt aber größten Wert darauf, das, was sie tun kann, möglichst zu beschleunigen.

Die Stellung der Reichsregierung zur Winterhilfe ist, wie wir bereits gestern ausgeführt haben, ein offener Skandal. Es wäre ohne weiteres möglich, aus dem Wehretat oder aus anderen Positionen des Reichshaltsplanes die notwendigen Gelder flüssig zu machen — aber dazu ist die herrschende Klasse natürlich nicht bereit. Wenn dann trotzdem voller Rührung davon gesprochen wird, daß man so gern helfen möchte und so sehr bedauere es nicht zu

können, so ist das eine schamlose Heuchelei.

Wie wenig die regierenden Kreise für die Not der Massen übrig haben, ergibt sich auch daraus, daß jetzt erklärt wird, vor Weihnachten sei die Hilfsaktion überhaupt nicht mehr durchzuführen. Schließlich weiß man nicht erst seit vorgestern, daß jetzt Weihnachten und die schlimmste Winterszeit kommt und daß da eine Linderung der bittersten Not besonders dringend ist. Die Männer, die jetzt im Kabinett Schleicher die Winterhilfe sabotieren, setzen samt und sonders schon im Kabinett Papen und hätten sich damals um diese Fragen kümmern müssen. Auch in dieser Beziehung setzt also die Regierung Schleicher das Werk ihrer Vorgängerin „würdig“ fort!

#### Preußenregierung für Amnestie

Berlin, 13. Dezember.  
VDZ. Wie das Nachrichtenbüro des VDZ erfährt, hat die preußische Staatsregierung in ihrer heutigen Kabinettsitzung beschlossen, gegen das vom Reichstag angenommene Amnestiegesetz im Reichsrat keinen Einspruch einzulegen.

#### Freitag Auswärtiger Ausschuss

Berlin, 12. Dezember.  
VDZ. Der Auswärtige Ausschuss des Reichstages ist für Freitag vormittag einberufen worden um einen Bericht des Reichsaußenministers über die letzten außenpolitischen Ereignisse, namentlich über die Genfer Verhandlungen entgegenzunehmen und dazu Stellung zu nehmen.

#### Ein Signal

Die plötzliche Verschärfung der politischen Lage in Frankreich mit dem unter auffallend starker Mehrheit vollzogenen Sturz Herriots beleuchtet blitzartig den labilen, unsicheren Zustand der kapitalistischen Herrschaft und die Zuspitzung der imperialistischen Gegensätze.

Trotz aller Hemmungen und Widerstände war offensichtlich die Abgeordnetenkammer in ihrer Mehrheit bis vorgestern gewillt, die Zahlungen an Amerika zu leisten. Dementsprechend hat auch die Regierung, die sich in allgemein politischen Fragen auf eine sichere Mehrheit stützen konnte, den Zahlungsbeschluß mit großen Vorbehalten in bezug auf eine baldige Regelung der gesamten Fragen gefaßt.

Die jetzige jühe Wendung ist auf den starken Druck der gegen die Zahlung eingestellten Volksklassen zurückzuführen. Die Opposition in der Bevölkerung wurde besonders gesteigert durch das Bekanntwerden der Tatsache, daß die englische Note, in der neben der Mitteilung der Zahlungsleistung eine sofortige Konferenz zur endgültigen Regelung der Kriegsschuldenfrage gefordert wird, von der amerikanischen Regierung schroff abgelehnt wurde.

Die Erregung in Frankreich, die die verschiedensten Bevölkerungsschichten erfährt, beruht auf Ursachen, die ihrem Wesen nach einander sehr entgegengesetzt sind. Während, wie die nationalistischen Straßendemonstrationen zeigen, die reaktionär-faschistischen Anhänger der Action Francaise die Erregung zu ausgesprochen nationalistisch-kriegsheterischen Zwecken benutzen, verlangen die proletarischen Volksmassen die sofortige und endgültige Liquidierung aller noch mit dem Weltkrieg verknüpften Abschungen und Beseitigung der Kriegsschulden und sonstigen Verpflichtungen. Sie wollen endlich den wirklichen Frieden. Allgemein wird es als illoyal von den USA empfunden, daß, nachdem die Reparationszahlungen Deutschlands an Frankreich eingestellt sind, das französische Volk weiter zahlen soll.

Die Weigerung der Bezahlung der Kriegsanleihenschulden wirft aber die Grundlage des Kapitalismus über den Haufen. Wenn der Geldverleiher, der kapitalistische Gläubiger, nicht mehr die Garantie hat, daß seine Guthaben anerkannt und zu den vertraglichen Terminen zurückgezahlt werden, so ist das „bolschewistisch“, dann wird jeder „ordnungsgemäße weltwirtschaftliche Verkehr auf schwerste bedroht. Daher gebrauchte auch Herriot die Wendung: „Frankreich sei es seiner Würde und seiner Ehre schuldig, zu zahlen“.

Aus alledem ist ersichtlich, daß der Sturz Herriots eine außergewöhnlich scharfe politische Weltkrise des Kapitalismus einleitet, die anzeigt, daß Ausgleichs- und Rettungsversuche der bürgerlichen Gesellschaft auf die Dauer vergeblich sind.

Aufgabe der internationalen Arbeiterklasse ist es, hier mit selbständigen Aktionen einzugreifen mit dem Ziel, durch den Sturz des Imperialismus die revolutionäre, sozialistische Lösung herbeizuführen.

# Haushaltsausschuß beschließt...

## Aber die Regierung führt die Beschlüsse nicht aus!

Berlin, 14. Dezember.  
VDZ. Der Haushaltsausschuß des Reichstages setzte am Dienstag nachmittag, seine Verhandlungen fort. Vor Eintritt in die Tagesordnung beantwortete Ministerialdirektor Olischer vom Reichsfinanzministerium einige Fragen, die der Ausschuh über den Etat von 1933 gestellt hatte.

Der Ausschuh beschloß auf Antrag des Abg. Dr. Hilferding (Soz.) mit 18 Stimmen der Sozialdemokraten, Kommunisten, Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei gegen 17 Stimmen des Zentrums und der Nationalsozialisten, daß die finanzielle Aussprache ungefahr am 9. Januar beginnen soll. Ein Antrag des Abg. Brising (Zentr.), diese Aussprache erst nach der politischen Entscheidung im Plenum stattfinden zu lassen, wurde abgelehnt.

Der Ausschuh ließ sich dann über die inzwischen stattgefundenen Verhandlungen des Unterausschusses wegen Aufhebung der lohnpolitischen Verordnung vom 5. September Bericht erstatten. Im Unterausschuh hat die Reichsregierung durch den Reichsarbeitsminister erklären lassen, daß sie die Verordnung vom 5. September mit einer gewissen Uebergangsregelung auflösen wolle, so daß die Tariflöhne wieder hergestellt werden.

Ueber die notwendige Ablaufsfrist konnte sich der Unterausschuh nicht einigen. Die Reichsregierung hat, wie der Berichtsteller mitteilte, inzwischen eine neue Erklärung abgegeben.

Der Ausschuh beschäftigte sich dann mit den Anträgen, die eine Milderung oder Aufhebung der Notverordnung vom 14. Juni verlangen.

Zu Beginn der Aussprache bat Reichs-

arbeitsminister Syrup, bei den Anträgen über die Aufhebung der Notverordnung vom 14. Juni daran zu denken, daß der finanzielle Bestand der sozialpolitischen Einrichtungen von dieser Verordnung abhängt.

Abg. Karsten (Soz.) begründete den sozialdemokratischen Antrag, die Notverordnung vom 14. Juni außer Kraft zu setzen.

Abg. Rädcl (Komm.) verlangte ebenfalls die Aufhebung dieser Notverordnung.

Abg. Schwarzer (Bayr. Vpt.) bezeichnete die Auswirkungen der Juni-Notverordnung als furchtbar.

Die Regierung von Papen sei über jedes vernünftige und verantwortliche Maß hinausgegangen. Aber er könne heute nur die sofortige Beseitigung der Härten und Ungerechtigkeiten beantragen, dagegen nicht die vollständige Aufhebung, da augenblicklich die rechtlichen Unterlagen für den Stand der einzelnen Versicherungszweige fehlten. Er beantragte daher, die vorliegenden Anträge zunächst dem Sozialpolitischen Ausschuh zu überweisen.

Ministerialdirektor Weigert vom Reichsarbeitsministerium: Wenn die vorliegenden Anträge auf Aufhebung der Notverordnung angenommen würden, so würde sich wiederum ein Defizit von 80 Millionen Mark im Monat ergeben. Die geordnete Unterstützung der Arbeitslosen wäre also nicht mehr gesichert. Die gegenwärtigen Sätze lägen zweifellos an der unteren Grenze des sozial Vertretbaren und müßten erhöht werden, sobald die wirtschaftliche Lage es irgendwie gestatte. Ebenso könne die Organisation der Arbeitslosenhilfe, wie sie jetzt sei, nicht befriedigen. Zweifellos werde die Reichsregierung sich um Veränderungen und Milderungen bemühen.

Ministerialdirektor Krohn hielt sich für verpflichtet, auf die außerordentliche finanzielle Tragweite eines Aufhebungsbeschlusses der Juni-Notverordnung hinzuweisen. Diese Aufhebung könne von der Invaliden-, Unfall- und Knappschaftspensionskasse nicht durchgeführt werden, da diese Versicherungen nicht über die Mittel verfügten, um die dann geschaffenen Sätze zu zahlen.

Darauf wurde mit 24 Stimmen der Nationalsozialisten, Sozialdemokraten und Kommunisten unter Annahme eines sozialdemokratischen und eines kommunistischen Antrages beschlossen, die Notverordnung vom 14. Juni 1932 außer Kraft zu setzen. Alle anderen Abgeordneten hatten sich an der Abstimmung nicht beteiligt.

Angenommen wurde ein deutschnationaler Antrag mit sämtlichen Stimmen bei Nichtteilnahme des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei, wonach die Härten aller sozialpolitischen Notverordnungen, insbesondere der vom 8. Dezember 1931, beseitigt werden sollen. Mit dem gleichen Stimmenverhältnis wie bei der Aufhebung der Notverordnung wurde dann noch ein sozialdemokratischer Eventualantrag angenommen, der eine Winterbeihilfe auch für die allein stehenden Arbeitslosen sowie die Wohlfahrtsverbände vorsieht. Diese Winterbeihilfe darf von den Fürsorgeverbänden auf die Zusatzunterstützung nicht angerechnet werden.

Ministerialdirektor Weigert (Reichsarbeitsministerium) wies vor der Abstimmung darauf hin, daß dieser Beschluß für die Dauer des Winters eine Ausgabe von 110 Millionen Mark bedeuten würde.

Der Ausschuh vertagte sich auf Mittwoch.

## Neuer Konflikt in der badischen SPD Ein bezeichnender Austritt

CNB. Der ursprünglich als badischer Innenminister in Aussicht genommene Bürgermeister Dr. Kraus in Mainz hat seinen Austritt aus der SPD erklärt. In einem Schriftsatz begründet er diesen Schritt damit, daß ihm die politische Haltung der badischen Sozialdemokratie, die durch die Ablehnung des Konkordates die badische Koalition gesprengt habe, das Weiterverbleiben in der Partei unmöglich mache.

Diese Meldung ist charakteristisch für die Zustände in der SPD. Ein Mann, der gestern noch für das wichtigste Amt, das die Partei im Lande zu vergeben hatte, anerschen war, kehrt heute der Partei den Rücken — weil momentan keine Ämter mehr zu erwarten sind. Wie lange noch wollen sich die sozialdemokratischen Arbeiter solche Führer gefallen lassen?

Die sozialdemokratische „Mainzer Volkszeitung“ schreibt zu diesem Austritt:

„Seine Fühling mit der Partei war äußerst schwach, seine Handlungen entsprachen sehr oft nicht den Erwartungen, die man auf ihn als einen Sozialdemokraten zu setzen berechtigt war.“

Aber vor wenigen Wochen, am 5. November als Dr. Kraus zum badischen Innenminister vorgeschlagen und von den Koalitionsparteien bereits genehmigt war, schrieb dasselbe sozialdemokratische Blatt:

„Die Berufung des Genossen Dr. Kraus auf den Posten des badischen Innenministers drückt nur die Anerkennung der außerordentlichen Fähigkeiten aus, die wir allen Dr. Kraus schätzen.“

Das ist ein Musterbeispiel für die Art, mit der die sozialdemokratische Presse ihre Leser belügt und irreführt! In Wahrheit hatte schon die Tätigkeit des Bürgermeisters Dr. Kraus zur Genüge gezeigt, daß dieser Mann ein ehrgeiziger Streber ist, dem die Arbeiterinteressen nicht ernsthaft am Herzen liegen.

## Neue Terrorwelle gegen KPD

### Verbot kommunistischer Zeitungen

Koblenz, 13. Dezember.  
Der Oberpräsident der Rheinprovinz hat mit Wirkung vom 13. Dezember bis einschließlich 31. Dezember die kommunistischen Tageszeitungen „Sozialistische Republik“ in Köln und „Freiheit“ in Düsseldorf mit ihren Kopf- und Nebenblättern verboten. Das Verbot ist wegen Vorbereitung zum Hochverrat erfolgt, die in gewissen Artikeln der genannten Zeitungen gesehen wird.

### Ruhr-Echo bis 31. Dezember verboten

Essen, 13. Dezember.  
Das Zentralorgan der kommunistischen Partei des Ruhrbezirks, das „Ruhr-Echo“ in Essen, wurde bis einschließlich 31. Dezember 1932 verboten.

### Versammlung des Rotfrontkämpferbundes aufgehoben

Kiel.  
WTB. Beamte der politischen Polizei hoben am Montag abend in einem Eiderbecker Lokal eine Versammlung des verbotenen Rotfrontkämpferbundes auf. Der Versammlungsleiter wurde festgenommen.

### 31 Kommunisten verhaftet

In München wurden von der Polizei 31 Kommunisten verhaftet. Das Polizeipräsidium München läßt durch die gesamte bürgerliche Presse mitteilen, daß die Verhafteten Einbrüche begangen hätten, um sich persönliche Vorteile zu verschaffen.

Daran ist natürlich kein Wort wahr, sondern es ist die bekannte Methode der herrschenden Gewalten, Revolutionäre bei noch rückständigen Volksmassen zu diffamieren. Darum fällt auch diese Massenverhaftung in den Rahmen der allgemeinen Terrormaßnahmen gegen die KPD.

### Gefängnisstrafen für kommunistische Angestellte

Leipzig, 13. Dezember.  
Wegen Vorbereitung zum Hochverrat und Unterstützung einer staatsfeindlichen Verbindung wurden heute vom V. Strafsenat des Reichsgerichts der 31jährige Parteigenosse der Penvag-A.-G. in Berlin, des Zentraldruckereunternehmens der KPD, Hermann Naumann aus Berlin-Neukölln, zu zwei Jahren Gefängnis und der 35jährige Verleger-Vertreter Albert Gercken aus Bremen zu 1½ Jahren Gefängnis unter Anrechnung von neun Monaten Untersuchungshaft verurteilt. Der Reichsanwalt hatte drei bzw. 1½ Jahre Gefängnis beantragt.

Die beiden Angeklagten hatten im Februar 1932 einen Zeitungsverleger in Bremen beauftragt, 75 000 Exemplare der Zersetzungsschrift „Die Rote Sturmflut“ zu drucken. Als sie am Abend des 13. Februar die Matrizen in die Druckerei gebracht hatten und der Druckauftrag gerade ausgeführt werden sollte, erfolgte die Verhaftung. Die „Auftraggeber“

hatten für den Druck 667 Mark geboten und bereits 18 große Kisten für den Abtransport besorgt. Bei den Festgenommenen wurden Verteilungsschlüssel für 21 Städte mit sechs Adressen für den illegalen Literaturvertrieb der KPD gefunden.

### Prozeß Felsenecke geht weiter

Berlin, 13. Dezember.  
Zu Beginn der heutigen Verhandlung im Felseneckeprozeß hatte der Verteidiger, Rechtsanwalt Fritz Löwenthal, den Antrag gestellt, mit Rücksicht auf die bevorstehende Amnestie die Verhandlung vorläufig auszusetzen und die Angeklagten aus der Haft zu entlassen.

Dieser Antrag wurde nach längerer Beratung abgelehnt.

da die bisherigen Gründe fortbeständen und die Möglichkeit einer Amnestie von dem Gericht noch nicht so sicher angesehen würde, wie von der Verteidigung. Es sei kein Anlaß gegeben, den bisherigen Standpunkt des Gerichts zu ändern.

## Auslands-Rundschau

Brüssel, 13. Dezember.  
Im heutigen Ministerrat erklärte Ministerpräsident de Broqueville, daß er dem König seine Demission überreichen werde. Damit ist das Kabinett zurückgetreten.  
Diesem Rücktritt, der die Folge der letzten Parlamentswahlen ist, kommt im wesentlichen nur formelle Bedeutung zu. Da Liberale und Katholiken sich bereits bereit erklärt haben, die Koalition weiter zu führen, ist mit einer Wiederernennung des eben zurückgetretenen Ministerpräsidenten zu rechnen. Lediglich verschiedene personelle Veränderungen dürften vorgenommen werden.

London, 13. Dezember.  
Arabische Zeitungen melden aus Persien, daß in Abadan eine große Menschenmenge versucht haben soll, die Gebäude der englischen Petroleumgesellschaft anzugreifen, so daß Truppen aufgeboten wurden. Die Oelquellenanlagen bei Masjid Suleiman sollen beschädigt worden sein.

Madrid, 13. Dezember.  
Neue schwere Ausschreitungen werden gemeldet. In Arcadete in der Provinz Toledo wurden der Bürgermeister und ein Stadtrat durch tätliche Angriffe von Tumultuanten schwer verletzt. In einer anderen Stadt verlangten Bergarbeiter die Bezahlung von Ueberstunden. Die Direktion lehnte dies ab. Bürgergarde wurde zu Hilfe gerufen. Bei den folgenden Zusammenstößen wurden zwei Bergarbeiter getötet und acht verletzt. In Castellar in der Provinz Ciudad Real kam es zwischen Sozialisten und Kommunisten zu Zusammenstößen; in dem Augenblick, als der Bürgermeister das Rathaus ver-

## Weg mit den Notverordnungen!

vom 8. Dezember 1931 und 14. Juni 1932

Wie wir an anderer Stelle des Blattes ausführlich berichten, hat der Haushaltsausschuß des Reichstages am 13. Dezember beschlossen, die Notverordnungen vom 8. Dezember 1931 (vom Brüning-Kabinett erlassen) und vom 14. Juni 1932 (von der Regierung Papen erlassen) aufzuheben. Die Regierung lehnt aber aus politisch-wirtschaftlichen Gründen und mit dem Hinweis, daß nur das Reichstagsplenum einen gültigen Beschluß zur Aufhebung von Notverordnungen fassen könne, die Durchführung des Beschlusses der Haushaltskommission ab.

Die Brüning-Verordnung vom 8. Dezember 1931 hat der deutschen Arbeiterklasse Milliarden an Lohngebern geraubt. Es war jene Verordnung, durch die sämtliche Löhne und Gehälter in Deutschland um mindestens 10 Prozent, teilweise bis 15—20 Prozent, ohne Rücksicht auf bestehende Tarifbestimmungen gekürzt wurden. Außerdem sah die Verordnung bestimmte Preis- und Zinssenkungen, Senkung der Mieten, der Hauszinssteuer und ähnliches vor. In lohnpolitischer Hinsicht hätte die Durchführung des Aufhebungsbeschlusses nur dann einen Sinn, wenn die Unternehmer gezwungen würden, die damals vorgenommenen Lohn- und Gehaltskürzungen nachzuzahlen und

dementsprechend alle seitdem neu festgelegten Tarife zu erhöhen. Es wäre eine große Selbsttäuschung, wenn die Arbeiterschaft glauben würde, daß eine derartige Maßnahme auf parlamentarisch-gesetzgeberischem Wege durchgeführt werde. Das ist selbstverständlich nur möglich durch den Kampf der Arbeitermassen selbst, unter Einsatz ihrer organisatorisch-gewerkschaftlichen Machtmittel.

Unmittelbar tief einschneidende Wirkung hätte die Aufhebung der Notverordnung vom 14. Juni 1932, denn hier handelt es sich um die brutale und für fast 10 Millionen Arbeitslose und Sozialrentner geltende Kürzung oder vollkommene Aufhebung ihrer Unterstützung. Durch die Juni-Verordnung wurde in der Arbeitslosen-Versicherung der Unterstützungsanspruch von 20 auf 6 Wochen herabgesetzt und die Höhe der Unterstützung auch für die 6 Wochen um durchschnittlich die Hälfte des früheren Satzes gekürzt. Außerdem wurde in der Arbeitslosenversicherung das Prinzip der Bedürftigkeitsprüfung eingeführt, was praktisch die Herunterdrückung aller Arbeitslosen-Unterstützungssätze auf die der Wohlfahrtsunterstützung, ja zum Teil noch weit darunter, bedeutete. Die gewaltigen Ueberschüsse der Reichsanstalt sind die Folge. Ebenso würde allen Kriegs-, Unfall-, Invaliden- und sonstigen Sozial-Rentnern die Unterstützung ganz ungeheuerlich gekürzt. Die Aufhebung dieser Notverordnung würde daher, selbst wenn keine Nachzahlung für die zurückliegende Zeit erfolgte, sofortige Wirkungen für die Auszahlung der Arbeitslosen- und Sozialunterstützungen für die Gegenwart und Zukunft haben.

Es ist selbstverständlich, daß das gesamte Proletariat darauf bestehen muß, daß der Aufhebungs-Beschluß des Haushaltsausschusses sofort durchgeführt wird. Aber auch hier gilt der Grundsatz, daß die Arbeiterklasse nur dann etwas bekommt, das heißt, die früheren Unterstützungssätze nur dann ausbezahlt werden, wenn sie das durch gewaltigen Massen- und entschlossene außerparlamentarische Kampfkation erzwingt.

### Naziüberfall auf Stahlhelm-Weihnachtsfeier

Hamburg, 13. Dezember.  
Eine im Hotel Kaiserhof vom Stahlhelm veranstaltete Weihnachtsfeier erlitt durch Nationalsozialisten eine empfindliche Störung. Gegen 2 Uhr morgens fielen in dem von etwa 800 Menschen angefüllten Saal mehrere Schüsse, Messer blitzten, und etwa 40 Nationalsozialisten drangen auf die Stahlhelmlaute ein.

Es entwickelte sich eine blutige Schlägerei mit Stühlen, Stuhlbeinen und anderen Gegenständen, bei der nach den bisherigen polizeilichen Ermittlungen fünf Personen hauptsächlich durch Messer- und Stuhlbeinschlägen schwer verletzt worden sind. Der Führer der SA-Leute wurde bei dem Versuch, seine Leute zu beruhigen, von diesen selbst angefallen und durch mehrere Stuhlbeinschläge über den Kopf niedergeschlagen.

lieft, wurde er durch einen Revolverschuß am Kopf verletzt. Bei den Kämpfen gab es drei Tote und vier Verwundete. In anderen Städten kam es ebenfalls zu blutigen Kämpfen und zu Attentaten. Ueberall wurden zahlreiche Verletzte festgestellt.

Sambul, 13. Dezember.

Leo Trotzki ist von seiner Reise nach Dänemark wieder zurückgekehrt. Er begab sich sofort nach seinem Hause auf der Insel Prinkipo.

Warschau, 13. Dezember.

Vor dem Wojewodschaftsgebäude in Lodz explodierte heute vormittag eine Bombe, die eine Frau buchstäblich in Stücke riß. Eine zweite Bombe, die vor dem Rathaus gefunden wurde, konnte noch rechtzeitig unschädlich gemacht werden. Die polnische Presse gibt natürlich der Vermutung Ausdruck, daß die beiden Bomben von Kommunisten gelegt worden seien.

Washington, 13. Dezember.

In der heutigen Sitzung des Repräsentantenhaus kam es zu einem aufregenden Vorfall. Mitten in der Verhandlung erhob sich auf der Publikumstribüne ein Unbekannter, der einen Revolver zog und ihn gegen die Abgeordneten richtete, wobei er schrie, er verlange für einige Minuten des Wert. Der Vorfall hatte auf der Tribüne eine Panik zur Folge. Die Besucher flüchteten, und auch mehrere Abgeordnete eilten aus dem Saal. Beamte des Hauses umringten den Besucher, sie befahlen ihm den Revolver wegzufallen, was ohne Widerspruch geschah. Die Waffe war geladen. Der Unbekannte wurde abgeführt und in Haft genommen.

# Wieder Milde gegen Nazis

## Unglaublich geringfügige Strafen für Nazi-Attentäter

Görlitz, 13. Dezember.

In dem Prozeß gegen die sieben SA-Angehörigen wegen der Terrorakte im Landkreis Görlitz (wir brachten gestern bereits einen Bericht), insbesondere in Penzig und Sohra, im August vorigen Jahres verurteilte Dienstagabend das Görlitzer Sondergericht nach zweijähriger Verhandlung den Hauptangeklagten Günter Hellmut Engmann aus Sohra wegen Vergehens gegen § 5 des Sprengstoffgesetzes in Tateinheit mit Sachbeschädigung zu der geringen Gesamtzuchthausstrafe von

einem Jahr und sieben Monaten,

den technischen Betriebsleiter Eugen Fischer aus Penzig wegen Anstiftung zur Sachbeschädigung zu

vier Monaten Gefängnis,

den technischen Angestellten Herbert Pätzold aus Penzig wegen Beihilfe zur Anstiftung zur Sachbeschädigung zu drei Monaten Gefängnis,

wegen des gleichen Delikts den Reisevertreter August Schiel aus Görlitz zu einem Monat Gefängnis,

und die Angeklagten Landwirt Robert Kühn, Sohra, und Melker Kurt Kejschnik aus Sohra wegen Vergehens gegen § 25 des Schußwaffengesetzes zu einem Monat bzw. zwei Wochen Gefängnis.

Der Angeklagte Gutsinspektor Heinrich Paeschke aus Karlsdorf wurde freigesprochen. Die Kosten des Verfahrens fallen, soweit Verurteilung erfolgte, den Angeklagten zur Last. Fischer und Pätzold wird die erlittene Untersuchungshaft auf die Strafe angerechnet; bei den Angeklagten Schiel, Kühn und Kejschnik gilt die Strafe als durch die Untersuchungshaft verbüßt. Der Hauptangeklagte Engmann wurde sofort in Haft genommen.

In der Urteilsbegründung wird u. a. ausgeführt, daß die Handlungsweise der Angeklagten einen Eingriff in die Staatsgeschichte darstelle. Ausgangspunkt für die

strafbare Handlung war eine zentrale Anordnung gewesen,

Wo sich diese Zentrale befindet, wisse man nicht. Es habe sich nur feststellen lassen, von wem die Anordnung, in der ausdrücklich gesagt wurde, daß keine Menschenleben zu Schaden kommen sollten, ausgegangen sei. Bei Engmann handle es sich um ein schweres Verbrechen gegen das Sprengstoffgesetz, jedoch sei wegen seiner Jugend auf die Mindeststrafe erkannt worden. Fischer konnte nur wegen Anstiftung zur Sachbeschädigung verurteilt werden, der Angeklagte Pätzold wegen Beihilfe zu dieser Anstiftung. Wegen des gleichen Delikts mußte auch der Angeklagte Schiel verurteilt werden. Die Angeklagten Kühn und Kejschnik hätten sich lediglich des Vergehens gegen das Schußwaffengesetz schuldig gemacht.

Ja, wenn es Proleten gewesen wären, dann hätte die Staatsautorität ganz anders aufgetrumpft, dann hätte es nur so 10 und 7 Jahre Zuchthaus gehandelt ... aber so ... es waren Nazis, die Stützen und Säulen des Kapitals.

Wichtig und besonders hervorzuheben aber ist, daß in der Urteilsbegründung ausdrücklich festgestellt wird, daß „der Ausgangspunkt für die strafbare Handlung eine zentrale Anordnung war.“

Wir haben hier wieder einmal die Bestätigung für unsere Behauptungen, die wir von jeher aufgestellt haben, daß die Urheber aller Nazi-Attentate die Führer à la Heines und Konzoorten sind!

# „war stets korrekt . . . und zeigte Reue“

## Was man nicht alles für mildernde Gründe bei Nazis findet

Gleiwitz, 13. Dezember.

Das Gleiwitzer Sondergericht verurteilte heute nach viertägiger Verhandlung den SA-Mann Karl Rolle wegen versuchten Totschlags im Sinne des § 214 St. G. B. in zwei Fällen (!) zu einer Gesamtstrafe von nur sieben Jahren Zuchthaus, den mitangeklagten SA-Mann Drobionka wegen Begünstigung zu nur vier Monaten Gefängnis, die als durch die Untersuchungshaft verbüßt gelten.

Rolle hatte, wie bereits ausführlich berichtet, in der Nacht zum 4. August d. Js. in Gleiwitz-Sosnizza von einem Motorrad aus, das Drobionka steuerte, sieben Schüsse auf eine Polizeistreife abgegeben und einen Beamten schwer (!) einen anderen leichter (!) verletzt.

In der Urteilsbegründung heißt es, das Gericht habe den Vorsatz der Tötung im Falle des Angeklagten Rolle bejaht. Wenn der Angeklagte Schreckschüsse habe abgeben wollen, so hätte er diese in die Luft abschießen müssen, zumal da er als alter Selbstschutzkämpfer genügend Erfahrung gehabt habe, um zu wissen, daß, wenn er aus etwa 5 m Entfernung sieben Schüsse auf Menschen abgibt, einige davon treffen müßten. Bei der Strafbemessung falle erschwerend ins Gewicht, daß er auf Polizeibeamte geschossen habe, die sich im Dienst befanden. Weiter sei straferschwerend, daß Rolle schon einmal wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt verurteilt ist.

Als Milderungsgrund sei anzunehmen, daß er durch seine damalige Flucht aus dem Gleiwitzer Krankenhauses nach dem Gutachten des Sachverständigen sich eine Beinverletzung

zugezogen hat, die ihn zeitlebens zum Krüppel macht, und daß er weiter in seinem sonstigen Verhalten gegenüber der Polizei nach den Aussagen der Beamten stets korrekt war, so daß man nicht annehmen könne, daß seine Tat ausschließlich aus einer verbrecherischen Gesinnung hervorgegangen sei.

Mildernd sei ebenfalls noch zu berücksichtigen, daß er zuletzt noch ein Geständnis abgelegt habe, aus dem das Gericht entnommen habe, daß er Reue zeige. Wegen dieser Milderungsumstände sei auch davon Abstand genommen worden, ihm die bürgerlichen Ehrenrechte abzuerkennen. — Bei Drobionka sei eine Begünstigung festzustellen, und zwar dadurch, daß er im Laufe des Verfahrens unrichtige Angaben gemacht habe, um den Angeklagten Rolle der Bestrafung zu entziehen.

So grotesk empörend und klassenmäßig ist wohl selten ein Urteil gefällt worden, wie dieses des Gleiwitzer Sondergerichts.

Der Nazi hat „vorsätzlich“ gehandelt, hat einen Beamten schwer verletzt, ist wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt vorbestraft und trotzdem versucht man auf der anderen Seite krampfhaft Milderungsgründe hervor, deren Charakterisierung wir uns aus pressegesetzlichen Gründen leider ersparen müssen, über die aber jeder klassenbewußte Proletarier von selbst sein Urteil fällen wird.

Selten haben zwei Prozesse, wie der von Liegnitz und der von Gleiwitz das Klassengesicht der deutschen Justiz enthüllt!

# Der Mann mit dem „reinen“ Herzen

## Beleidigungs-Prozeß gegen Gemeindevorsteher Roeßler

Dittersbach, 13. Dezember.

Heute fand vor dem Einzelrichter am Waldenburger Schöffengericht die Hauptverhandlung wegen Beleidigung unseres Genossen A. Häring durch den Amts- und Gemeindevorsteher Paul Roeßler statt in welcher, der immer reinen Herzens und mit der weißen Weste sich beziehende Gemeindevorsteher glatt unter den Tisch fiel und froh war, diesmal noch mit einem blauen Auge davongekommen zu sein.

Ob in der nächsten Verhandlung, die noch offen steht, Roeßler auch so davongekommen wird, glauben wir nicht.

Ein ganz trauriges Bild boten die fünf Zeugen, die Roeßler für seine Unschuld aufführen ließ, die ihn aber alle insgesamt nicht retten konnten.

Sogar sein Hauptzeuge, Schöffe Werther, wurde vor der Hand nicht verweigert, da der Verdacht bestand daß Werther gegen den Kläger Häring voreingenommen sei, und außerdem der Antrag bei der Staatsanwaltschaft liegt, gegen Werther wegen Urkundenfälschung vorzugehen.

Jeder Zuschauer im Saale wird mit Genugtuung festgestellt haben, daß der amtierende Richter sehr korrekt und gerecht in der Beweisaufnahme verfahren hat.

Hier war es nicht möglich, daß Roeßler mit Suggestivreden und Augenzwinkern oder durch Zwischendurchreden auf die Zeugen einwirken konnte, da die Gerechtigkeit und das schlaue Auge des Richters dies verhinderten.

Roeßler scheint beim Gericht endlich erkannt zu sein und hoffentlich werden auch die anderen noch schwebenden Prozesse, in welchen der wahre Charakter des derzeitigen Gemeindevorstehers von Dittersbach bewiesen werden wird, die wenigen Anhänger, die dieser noch hat, zur Abwendung bringen.

Wenn man bedenkt, daß Roeßler trotzdem noch leugnet, wo ihn klipp und klar durch den Zeugen Neugebauer nachgewiesen wird, daß er die Beleidigung „Schweinehund“ getan hat, so glaubt man nicht mit einem Manne zu tun zu haben, der für seine Taten, auch wenn sie ungerecht sind, einsteht, sondern mit einem, dem die Unwahrheit auf dem Gesichte geschrieben steht.

Roeßler hätte am besten getan, die Beleidigung zuzugeben und dann hätte man ihn auch danach einschätzen können, und zwar jeder nach seiner Art. Doch auf dieses Leugnen hin, hat er sich selbst gerichtet, und es spricht für sich, wenn er in seiner Verteidigungsrede erklärt: „Wenn ich verurteilt werde, dann bin ich unschuldig verurteilt worden.“

Ach du armer Schächer! Wo bleiben denn alle die, die durch dich unschuldig um Brot und Arbeit gekommen sind? Bei Gelegenheit werden alle diejenigen, die Sie auf dem Gewissen haben, Rechenschaft fordern.

Wir möchten nicht in Ihrer Haut stecken, Herr Roeßler, aber letzten Endes haben Sie alles das mit sich selbst auszumachen und mit ihrem „reinen“ Herzen zu decken. Die Hauptsache ist doch dabei, immer alles abstreifen und das haben Sie heute vortrefflich fertig gebracht und werden diese Art Verleumdung bei Ihren Fraktionsgenossen wieder empfehlen, wie schon so oft.

Wir hoffen, daß die Fraktionsgenossen sich aber eines besseren besinnen werden, denn sonst könnte es ihnen so ergehen, wie Sie es selbst heute an sich erlebt haben. Man glaubt Ihre Müßchen nicht mehr, denn Sie haben bereits vor den Arbeitsgerichtsprozessen in dieser Hinsicht genug geleistet, so daß auch endlich bei den Gerichten ein anderer Wind weht.

Der Tatbestand der Klage war folgender: Am 5. Februar 1932 fand eine Versammlung in Dittersbach „Försterhaus“ statt, in welcher unser Genosse Häring als Versammlungsleiter fungierte und als Referent der Genosse Zwilling sprach.

Roeßler, der auch zur Versammlung erschien, saß mit noch 5 anderen Herren, und

zwei seinem Friseurmeister Gräber, dem Kaulmann Karl und Georg Zimmermann — gute Bekannte von ihm — an einem Tisch. An demselben Tische saßen noch der Handelsvertreter Neugebauer und der Schlossermeister Dietrich.

Als Häring in dieser Versammlung erklärte, daß man ihn als Fremdkörper aus der SPD ausgeschlossen habe und er hiermit zur SAP übertrete, äußerte Roeßler halblaut: „Das war die höchste Zeit, daß du Schweinehund aus der Partei rausgeflogen bist.“

Einige Tage später trat der an demselben Tische sitzende Neugebauer unseren Genos-

Achtung! Morgen Donnerstag:

## Roter Abend

bei Wittke, Zimpeler Straße. — Motto: „Religion ist Opium für das Volk.“ Sprechchöre, Rezitationen, Ansprache. SAP, Stadtteil Nord-Ost.

sen Häring und erzählte diesem die Aeußerung Roeßlers.

Darauf klagte Häring beim Schiedsman und gab somit Roeßler Gelegenheit, sich zu einigen. Roeßler schlug ab, und somit kam die Sache vor das Gericht.

Bei der Hauptverhandlung wurde nochmals erwähnt, ob ein Vergleich möglich sei. Dr. Cohn, der Verteidiger Roeßlers, schien nicht abgeneigt, doch schrittete der Vergleich daran, weil Häring verlangte, daß Roeßler sämtliche Kosten bezahlen solle.

Roeßler lehnte dieses ab und somit wurde in die Beweisaufnahme eingetreten.

Der Zeuge Neugebauer bekundet, daß Roeßler die Worte „Schweinehund“ gebraucht habe.

Die Zeugen K. und G. Zimmermann, sowie der Friseurmeister Gräber und Schöffe Werther spielten eine solch klägliche und jämmerliche Rolle, daß es sich wirklich nicht erst lohnt, hier noch näher darauf einzugehen. Kurz sei nur gesagt, daß sie alle von einer derartigen Aeußerung nichts gehört haben wollten, trotzdem sie z. T. neben Roeßler gesessen hatten.

Nach Beendigung der Beweisaufnahme wurde nochmals die Möglichkeit eines Vergleichs erwähnt und unter den Parteien verhandelt.

Es kam dann tatsächlich zu einem Vergleich, dem unser Genosse Dr. E. Eckardt, der Verteidiger unseres Genossen Häring, zustimmte. Dieser lautet etwa wie folgt:

Ich bestreite nach wie vor die Beleidigung getan zu haben, sollte sie aber gefallen sein, so wie sie mir zur Last gelegt wird, dann nehme ich diese mit Bedauern zurück und übernehme weiter sämtliche Gerichts- und außergerichtlichen Kosten.

Nachdem dies zu Protokoll genommen worden war, wurde vom Gericht das Verfahren eingestellt.

## Kindstötung

Unter dem dringenden Verdacht, ihr Kind getötet zu haben, wurde in Hemmerdorf die Gutsbesitzerstochter Anna H. festgenommen. Sie hatte ihr neugeborenes Kind hinter der Scheune vergraben. Die Kindesleiche wurde von der Staatsanwaltschaft beschlagnahmt.

## Vom elektrischen Strom getötet

Der bei einem Gutsbesitzer in Hertwigsdau als Wirtschaftshelfer beschäftigte 24jährige Otto Schütze, der Sohn eines Landwirts aus Heydau (Kreis Grünberg), kam, als er nach Beendigung der Drescharbeit den Elektromotor ausschalten wollte, mit der Leitung in Berührung. Als man den Unglückstall bemerkte, war der junge Mann bereits tot.



# Juno ist die rechte Helferin.

weil sie mit dem würzigen Aroma ihrer herrlichen Tabake und der köstlichen Frische ein wenig Freude in den grauen Alltag bringt.

Diese Vorzüge der

# JUNO

von Qualitäts-Rauchern gerühmt und anerkannt, sind allen Freunden der guten Josetti-Cigarette so wichtig, daß sie bewußt Zugaben wie Wertmarken, Gutscheine und Stickereien ablehnen!

## Vertrauen Sie ihr!







# Gruppierungen, ihre Ursachen und ihre Überwindung

Von J. Walcher

Die objektiven Ursachen, die die Entwicklung unserer Partei hinderten und noch hindern, sind in letzter Zeit mehrfach aufgezeigt worden. Es wäre verlockend und bestimmt auch lohnend, jenen Gründen nachzuspüren, die hemmend auf die Entwicklung unserer Bewegung wirkten und die in der Partei bzw. in ihren Vorläufern selbst zu suchen sind.

Heute ist es mir indessen um den Nachweis zu tun, daß sich jene Genossen in einem gefährlichen Irrtum befinden, die da glauben, mit dem Ruf: „Gegen Fraktionsmacher“ und „dogmatische Ketzerriecher“ in der Partei die Voraussetzungen für eine schnellere und gesündere Entwicklung schaffen zu können. Mir scheint, daß hier eine Verkenntnis von Ursache und Wirkung vorliegt.

Richtig ist, daß Gruppierungen und Fraktionen normalerweise in einer ausgereiften revolutionären Partei nicht zulässig sind. Und es muß unser ernsthaftes Bestreben sein, alle in der SAP vorhandenen Gruppierungen zu überwinden. Man muß sich aber darüber klar sein, daß sich selbst in einer ausgereiften revolutionären Partei vorübergehende Gruppierungen nicht vermeiden lassen. Das lehrt uns die Geschichte der Partei der Bolschewiki. In ihr ist es zu Lebzeiten Lenins auch noch nach der Machteroberung bei verschiedenen konkreten Anlässen, z. B. beim Abschluß des Friedens von Brest-Litowsk, bei Behandlung der Gewerkschaftsfrage und bei anderen wichtigen Streitfragen zu Gruppierungen und fraktionellen Auseinandersetzungen gekommen. Aber diese Meinungsverschiedenheiten beruhten nicht auf gegensätzlichen prinzipiellen Auffassungen, und deshalb sind auch diese Meinungsverschiedenheiten und die damit zusammenhängenden Gruppierungen verschwunden, sobald die strittige Frage nicht mehr auf der Tagesordnung stand.

Man kann sich vorstellen, daß auch für die SAP ähnliche Verhältnisse geschaffen worden wären, daß auch hier von vornherein allen Gruppierungen, soweit sie eben nicht an akute Tagesfragen gebunden sind, der Boden entzogen worden wäre. Mit einem solchen Zustand der Partei hätten wir es dann zu tun, wenn ihre Gründer klare und scharf umrissene Grundsätze aufgestellt und von ihrer Anerkennung den Beitritt zur SAP abhängig gemacht hätten. Auf diese Weise wäre die für eine wahrhaft revolutionäre Partei unerläßliche grundsätzliche Übereinstimmung von Anfang an gesichert worden, allerdings um den Preis einer Beschränkung ihres zahlenmäßigen Bestandes.

Der wirkliche Verlauf war anders. Den Gründern der Partei ging es vor allem darum, möglichst große Massen in der SAP zu sammeln. Sie begnügten sich daher mit einem allgemeinen Bekenntnis zum revolutionären Klassenkampf. So kam es, daß sich in der SAP um den eigentlichen Kern, der sich vom reformistischen Lager losgelöst hatte, die verschiedensten und teilweise sehr gegensätzlichen Gruppen sammelten. Man braucht diese Gruppen nur aufzuzählen: USP, Roter Kämpfer-Kreis, Rück-Duby-Gruppe, Sozialistischer Bund, Seigwasser-Gruppe, Anhänger der Deutschen Friedensgesellschaft, schließlich die KPO-Minderheit und außerdem noch eine Anzahl politischer Eingänger, und man wird verstehen, daß die SAP nur im Verlauf eines Entwicklungsprozesses zu der unbedingt erforderlichen ideologischen Einheitlichkeit kommen kann. Dies um so mehr, als auch der eigentliche Kern der Partei, der unter Führung der Genossen Rosenfeld, Seydewitz und Eckstein das reformistische Lager verlassen hatte, sich selbst in einem revolutionären Entwicklungsprozess befindet.

Man muß sich bei Beurteilung der SAP und ihrer inneren und äußeren Entwicklung auch stets bewußt sein, daß es im Jahre 1931 überhaupt nicht zur Gründung der Sozialistischen Arbeiter-Partei gekommen wäre, wenn sich die KPD nicht in einem krankhaften Zustand befunden würde. Insofern kann man sagen, daß die Bildung der SAP den ungesunden Zustand der deutschen Arbeiterbewegung und insbesondere die katastrophalen Verhältnisse in der KPD kennzeichnet. Es ist ein Üding, anzunehmen, daß unter solchen Verhältnissen sozusagen von heute auf morgen eine einwandfreie revolutionäre Partei entstehen könnte. So einfach, so schnell und so billig geht das nicht. Das Werden einer revolutionären Partei ist ein Prozess, der viel Zeit erfordert, der unvermeidlich mit inneren Auseinandersetzungen und wohl auch mit dem Ausscheiden solcher Elemente verbunden ist, die sich mit der von der Gesamtpartei bestimmten Entwicklungsrichtung und ihren Prinzipien nicht einverstanden erklären können.

Wer sich über die zu bewältigenden Schwierigkeiten und über die Größe der Aufgaben klar ist, der wird mit großer innerer Orientierung feststellen, welche gewaltige Stück Weg unsere Partei in der kurzen Zeit ihres Bestehens auf dem Wege zu einer ausgereiften, gefestigten, revolutionären Partei schon zurückgelegt hat. Der erzielte Fortschritt ist um so höher zu bewerten, als er auf so einfache Weise gehemmt worden ist. Es sei hier nur an die Treibereien der Genossen um Rück und Düby und später um Seigwasser erinnert. Auch von den Anhängern Trotzkis und Brandlers ist die innere Entwicklung der SAP nach Kräften gestört und aufgehalten worden. Die ideologische Entwicklung der Partei ist auch in sehr nachteiliger Weise gehemmt worden durch eine vielfach zu beobachtende Scheu vor klärenden Auseinandersetzungen über prinzipielle Fragen. Diese aber sind not-

wendig, um die noch vorhandenen Gegensätze auf dem gemeinsam erarbeiteten Boden fester Prinzipien aufzuheben. Das ist praktisch gleichbedeutend mit der Ausrottung der Wurzeln für alle Gruppierungen.

Man darf sich durch die Tatsache, daß der Parteitag die Prinzipienklärung mit so großer Mehrheit angenommen hat, nicht darüber täuschen, daß dennoch auch wie vor innerhalb dieser Mehrheit politische und prinzipielle Gegensätze bestehen, die zwar eine Zeitlang vorüber gelassen sind, die aber für die ganze Parteimitgliedschaft sichtbar zu werden beginnen, als sich die Genossen Rosenfeld und Seydewitz im Parteivorstand mit den ausgesprochenen Gegnern der Prinzipienklärung zu einem gemeinsamen Vorschlag gegen die Verfechter der Prinzipienklärung zusammengefunden haben.

Das Ausweichen vor prinzipiellen Auseinandersetzungen kann wohl eine nicht vorhandene Einheit vorhindern, sie vermag aber durchaus nicht zu verhindern, daß die latent vorhandenen Gegensätze im Weiterbestehen der aus ihnen resultierenden Gruppierungen zum Ausdruck kommen. Es scheint dann aber so, als ob die Gruppierungen ohne politischen Gehalt und völlig grundlos seien, während sie doch in Wahrheit nichts als die Widerspiegelung der tatsächlich in der Partei vorhandenen

politischen und prinzipiellen Gegensätze sind.

Daraus folgt, daß unsere Partei nicht an übertriebener Prinzipienfestigkeit, sondern an einem Mangel an prinzipieller Einheitlichkeit leidet.

Die im Interesse der Entwicklung und Aktionsfähigkeit der Partei erforderliche prinzipielle Einheitlichkeit herzustellen, gehört zu unseren wichtigsten Aufgaben.

Das Bestreben der Parteivorstands-Mehrheit läuft auf das Gegenteil hinaus und bedeutet nicht nur eine opportunistische Duldung prinzipieller Gegensätze, sondern auch eine Konservierung der heute noch bestehenden Gruppierungen. Diese aber müssen wirklich überwunden und beseitigt werden. Das kann nur geschehen, indem die von der Parteimitheit beschlossenen Prinzipien tatsächlich zum Gemeingut der gesamten Partei werden und daß in jeder Hinsicht eine unteilbare Einheit zwischen unserer Praxis und unseren Prinzipien hergestellt wird. Erst dann, wenn in unserer Partei auch das letzte Mitglied sich ohne Vorbehalt zu den Grundsätzen der Partei bekennt, erst dann werden wir den Ansprüchen, die an eine wirklich revolutionäre Partei gestellt werden, genügen, und erst dann wird in der SAP kein Raum mehr für verschiedene Gruppierungen sein.

## Der RGO ins Stammbuch

### „Skandalöse Ausbeuter-Maßnahmen bei Cohen & Epstein, Duisburg“

Unter dieser Überschrift beschäftigt sich die „Niederrheinische Arbeiter-Zeitung“ (KPD) Duisburg, in ihrer Nr. 257 vom Samstag, den 10. Dezember 1932 mit dem „Kampf“ der RGO bzw. RGO-Betriebsgruppe bei der Fa. Cohen & Epstein. Im Nachfolgenden die Behauptungen der RGO und die tatsächlichen Verhältnisse:

#### Behauptung:

„Die Belegschaft des Kaufhauses Cohen & Epstein in Duisburg hat, durch die RGO-Betriebsgruppe mobilisiert und geführt, vor etwa 14 Tagen die Abstellung einer Reihe von Mißständen durchgedrückt. Die diesbezüglichen Anträge wurden in einer Belegschaftsversammlung einstimmig angenommen, worauf sich die Geschäftsleitung zu einem Nachgeben gezwungen sah.“

Die angeblichen Forderungen lauten im RGO-Flugblatt „Das rote Kaulhaus“:

1. Die Bezahlung der Ueberstunden.
2. Lieferung der Arbeitskleider zu Einkaufspreisen.
3. Notierung der Einkäufe der Angestellten.
4. Abschaffung der völlig ungesetzlichen Einbehaltung der Strafgelder.

#### Wahrheit:

Veranlaßt durch die seitens Frau Dr. Jarres gewünschte Abgabe von Einkommen der Angestellten und Lohnempfänger für die „Nothilfe“, wurde auf Wunsch zweier Betriebsratsmitglieder von sieben, eine Betriebsversammlung für Montag, den 28. November 1932, einberufen. In dieser Versammlung stellte sich die Belegschaft fast einmütig hinter die Betriebsratsvorsitzende Bruckhausen, die die Abgabe für die „Nothilfe“ der Geschäftsleitung gegenüber bereits abgelehnt hatte.

Zu den angeblichen „Forderungen“ folgendes:

Zu 1: Bei den sogenannten Ueberstunden handelt es sich durchweg um eine Verschiebung der Arbeitszeit — nämlich bei den Dekorateurs und Plakatmalern — und erfolgt also Ausgleich durch entsprechende Freizeit.

Zu 2: Hier hatte vor der Versammlung die Betriebsratsvorsitzende von der Geschäftsleitung bereits die Zusage erhalten, daß die Firma zwei Arbeitskleider im Jahr zum Einkaufspreis an das Personal abgibt.

## Diskussionsbeilage der SAZ

Der bevorstehende Parteitag der SAP wird in einer Reihe strittiger politischer und organisatorischer Fragen bedeutungsvolle Entscheidungen zu treffen haben.

Die Klärung dieser Fragen in einer für die Partei nützlichen Weise kann nur erfolgen, wenn sie in der Parteipresse und in den Organisationen sachlich und ernst durchdiskutiert werden. Der PV hat beschlossen, zu diesem Zwecke eine Diskussionsbeilage zu schaffen. In ihrem Rahmen sollen die Streitfragen von den verschiedenen Seiten beleuchtet werden, um so der Mitgliedschaft die Bildung eines selbständigen Urteils zu ermöglichen.

Die Diskussionsbeilage soll allwöchentlich, möglichst in der Sonntagnummer, erscheinen. Die Artikel müssen an die Redaktionskommission der Diskussionsbeilage an das Büro des Parteivorstandes, Berlin O 27, Magazinstraße 15/16, geschickt werden, möglichst in dreifacher Abschrift.

Die für die nächste Nummer der Diskussionsbeilage bestimmten Beiträge müssen spätestens am Montag jeder Woche der Redaktionskommission vorliegen. Die einzelnen Diskussionsbeiträge sollen nicht mehr als 1½ Zeitungsspalten Raum in Anspruch nehmen. Als Themen für die nächsten Diskussionsbeilagen hat die Redaktionskommission vorgesehen:

1. Die Probleme der innerparteilichen Demokratie.
2. Die SAP und ihre Stellung zur SPD und KPD.
3. Die Rolle der Partei.
4. Die Stellung der SAP zu den Problemen der Einheitsfront.
5. Die Probleme des Kampfes um die Wiederherstellung der von der kapitalistischen Diktatur zerschlagenen Demokratie.

Der PV fordert die Genossen auf, sich zu den auf der Tagesordnung stehenden Fragen in Artikeln oder Zuschriften zu äußern. Die Redaktionskommission des Parteivorstandes der SAP für die Diskussionsbeilage.

Diejenigen Angestellten, denen wir bisher erlaubt hatten, nach Beginn der Arbeitszeit zu kommen und vor dem Ende der Arbeitszeit zu gehen, haben Nachricht erhalten, daß wir nunmehr punktliche Innehaltung der Arbeitszeit fordern.

Das ist wahrlich ein für die Belegschaft teurer „Sieg der RGO!“

Wer weiter diese dumme Renommisterei und solche „Siege“ wünscht, gehe in die RGO!

Wer aber will, daß die Belegschaft geschlossen für ihre Interessen kämpft und daß solche Bekanntmachungen der Geschäftsleitung für die Zukunft unmöglich werden, der tritt ein in seine zuständige Gewerkschaft, für die Angestellten hier der ZDA und kämpft dort mit den SAP-Genossen für die revolutionären Ziele und Forderungen.

## Buchdrucker-Versammlung in Oldenburg

Die letzte Versammlung stand noch immer unter dem Eindruck der schweren Verfehlungen des Kassierers Lüssenhop, die begünstigt wurden durch die verantwortungslose Geschäftsführung des alten Vorstandes im Bezirk und Oldenburg. Nun sind die sonst etwas ruhigen Buchdrucker lebendiger geworden. Der geschäftsführende Vorstand der unter dem Einfluß der oppositionellen SAP-Kollegen steht, hat eine schwere Arbeit übernommen und bemüht sich, die gerissene Lücke zu füllen. Wohl nicht materiell, aber durch Stärkung der ideellen Kräfte. Die Gewerkschaften können wieder Kampforganisationen werden, wenn hart gepekelt wird von allen oppositionellen Kollegen.

Im Geschäftsbericht gab der jetzige Vorsitzende Aufschluß über einige neue Untersuchungsergebnisse in Sachen Untersuchungen des Kassierers. Daß die Summe wohl nie genau festgestellt werden könne, aber bald an die 20 000 Mk. herankomme. In den Aussagen des bisherigen Vorstandes haben sich gewaltige Widersprüche ergeben, sodafs rücksichtslos durchgegriffen werden müsse. Die Untersuchung bei der Staatsanwaltschaft stehe kurz vorm Abschluß. Für die durch Blankoquittungen belegten Summen ist der alte Vorsitzende regresspflichtig gemacht worden. Aufgenommen wurden drei Kollegen. Ausgeschlossen ebenfalls drei durch einstimmigen Beschluß wegen Zugehörigkeit zum Stahlhelm und Verweigerung der Beitragszahlung.

Im letzten Punkt sprach der Genossenschaftsleiter Meyer über Genossenschaft und Gewerkschaft. Seinem kurzen Referat schloß sich eine längere Diskussion an, in der alle Redner mehr oder weniger die Auswüchse der Genossenschaftsbewegung anprangerten und die Leitung dafür verantwortlich machten. Genosse Fritsche macht längere Ausführungen zum Genossenschaftsproblem und betont, daß die Existenz dieser durch die Arbeitergeschaffenen Einrichtungen stark gefördert sei durch die Fehlleistungen der Kapitalien und dem überstapelten Verwaltungsapparat der höheren Instanzen. Er verlange hier eine gesunde Reform, Erzielung eines Massenkonsums, Lösung von der SPD, damit die Konsumbewegung eine wirkliche materielle Unterstützung der kämpfenden Arbeiterasse überhaupt werden könne. — Bemerkenswert war, daß der Referent nur auf die kleinteiligen Anträge, die er gut parieren konnte, einging, während er zu den grundsätzlichen Fragen nichts zu sagen wußte. Deswegen erwarten wir, daß wir vom Genossenschaftsleiter Genosse Meyer an anderer Stelle nochmals Auskunft darüber erhalten, wie er den Konsum über die Krise hinwegzureiten gedenkt, oder ob er mit dem abwärtsfahrenden kapitalistischen Wirtschaftskarren in den Sumpf hineingeraten will.

Für alle SAP-Genossen und Sympathisierende! Arbeiterliteratur kann jederzeit in der Geschäftsstelle empfangen werden. Bestellungen auf marxistische Literatur, Arbeiterromane usw. ebenfalls dort oder beim Genossen Fritsche.

## Opfer der Wirtschaftsnot

Berlin, 13. Dezember.  
Ein 74-jähriger Rentner und seine 72 Jahre alte Frau haben sich mit Gas vergiftet. Sie lebten in schwerer wirtschaftlicher Not, und die Frau war seit langem krank.



Jeden Donnerstag

# DIE ENTE

Preis 10 Pfennig

Und zu Weihnachten:

## DAS TOLLE ENTENBUCH

Herausgegeben von Bernh. Gröfltrup u. Hardy Worm

Mitarbeiter:  
Roda Roda, Erich Weinert, Peter Scher, Erich Kästner, Paul Nikolaus u. a.

Reich illustriert / Preis RM. 2.-  
Verlag der ENTE, Berlin W 30, Haberlandstraße 7